

Der dreifache Durchbruch

VON JOSEF JOFFE

Mit einem dünnen „Wir sind sehr zufrieden“ bedachte der allzeit emotionslose George Shultz ein Ereignis, das in der Tat das Etikett „historisch“ verdient. Den Außenministern der beiden Supermächte und vor allem ihren Verhandlungsteams, die immerhin schon seit März 1985 im Genfer Geschirr stehen, ist ein absolutes Novum in der Geschichte der Abrüstungsdiplomatie gelungen. Sie haben zumindest im Prinzip einen Vertrag zu Papier gebracht, der zum erstenmal nicht bloß das Verhältnis der Kräfte festschreibt oder gar nur (wie bei SALT) deren Aufwuchs reguliert. Dieses Mittelstreckenabkommen will erstmals wirklich Waffen beseitigen – etwa 1500 Sprengköpfe auf sowjetischer und 304 auf amerikanischer Seite –, wenn es ratifiziert und dann getreulich in die Praxis umgesetzt wird.

Der Abbauprozess soll drei Jahre dauern, dann werden die Zeughäuser der beiden Großmächte von allen Mittelstreckengeschossen in der 500- bis 5000-Kilometer-Kategorie geräumt worden sein. Für die ersatzlose Verschrottung ganzer Waffensysteme kennt die Geschichte kein Beispiel, aber auch nicht für das zweite Novum, welches das erste überhaupt erst möglich machen wird: ein „aufdringliches Überwachungsregime“. Hinter dieser gestelzten Vokabel (im Abrüster-Englisch: *intrusive verification regime*) verbirgt sich die erstmalige Schleifung eines Festungswalls, an dem bislang noch alle Abrüstungsoffensiven gescheitert sind.

Wie soll nämlich der Staat A sicherstellen, daß sein Gegner B wirklich abwrackt, was zu tun er inbrünstig auf dem Papier geschworen hat? Dazu braucht es Inspektoren am Ort, in den Fabriken und Arsenalen, die lüpfen, was seit Menschengedenken der Staaten höchstes Geheimnis ist. Zumal die Sowjetunion hat sich seit 65 Jahren strikt geweigert, solche legalisierten Spione ins Land zu lassen. In Genf aber brach sie schließlich mit dieser Uralt-Tradition, welche die Bolschewisten nahtlos von den Zaren übernommen hatten. Die Inspektoren werden nun zumindest bis an die Tore der Rüstungsfabriken vordringen können; zum Beispiel in Wotninsk, wo die SS-20 vom Band läuft. Sie werden nach kürzester Vorwarnung (sechs Stunden) die ehemaligen SS-20-Basen inspizieren können. Und all dies wird beiden Seiten bis zu 13 Jahre lang erlaubt sein.

Ein dritter, nicht minder historischer Durchbruch läuft unter dem Begriff „Asymmetrische Verringerung“. Auch hier hat Gorbatschows Rußland zumindest im Prinzip angeboten, was der Westen zu Recht stets gefordert hat: Wer sehr viel mehr besitzt, soll auch mehr in die Abrüstungsmasse einbringen. Beide Seiten gehen zwar, dem geheiligten Gleichheitsgebot gehorchend, bei den INF-Raketen auf null, doch die Sowjetunion muß dabei viermal mehr opfern,

weil sie zuvor so viel mehr aufgestellt hatte. Dieser Präzedenzfall sollte nun zum Prinzip werden; denn es gibt kaum eine Waffenkategorie – nuklear, chemisch, konventionell –, wo Moskau nicht mehr in Reserve hat als Washington oder gar der gesamte Westen.

Doch verbirgt sich hinter dieser dreifachen Wasserscheide in der Geschichte der Großmachtspolitik eine bittere, gleich doppelte Ironie. Erstens: Die Toasts in Genf und die kommenden Feierlichkeiten in Washington wären entbehrlich gewesen, wenn sich Moskau vor genau zehn Jahren nicht auf das abenteuerliche Spiel mit dem SS-20-Aufbau eingelassen hätte. Es half nichts, daß Helmut Schmidt schon im Oktober 1977 öffentlich protestierte; es bewirkte auch nichts, daß die NATO mit dem Doppelbeschluß vom Dezember 1979 – „erst reden, dann notfalls rüsten“ – Verhandlungen nachdrücklich anmahnte. Stur legten die Sowjets weiter zu – mit etwa 50 SS-20 pro Jahr –, und ließen es sich auch nicht nehmen, nach jeder neuen Tranche von einem „ungefähren Gleichgewicht“ zu fabulieren. Als im November 1983 die ersten Raketenteile in England und in der Bundesrepublik landeten, brach Moskau gar brüsk die Verhandlungen ab.

Zweitens: Das „historische Ergebnis“ von Genf (Schewardnadse) – also Gleichstand bei jeweils Null – hätte kein Mensch feiern können, wenn sich jene politischen Kräfte in Britannien, den Benelux-Ländern und in der Bundesrepublik durchgesetzt hätten, welche die Nachrüstung um fast jeden Preis verhindern wollten. Weshalb hätte sich Breschnew auch auf vertragliche Abrüstung einlassen sollen, solange er noch hoffen konnte, daß ihm die innere Entwicklung in Westeuropa gratis beschere würde, was er sonst in der Münze der SS-20 hätte bezahlen müssen? Hierzulande, wie auch bei unseren Nachbarn, waren selbst klassische Parteien bereit, sich mit der „halben Null“ zu begnügen – sprich „Null“ im Westen und ein paar hundert Raketen im Osten.

Deshalb gilt es bei aller Erleichterung über den glücklichen Ausgang von Genf nicht zu vergessen, daß in der realen Politik – zumal da, wo es um die *ultima ratio* der Atomwaffen geht – Nerventärke und Entschlossenheit so wichtig sind wie Kompromiß- und Visionsfähigkeit. Auf diesem doppelten Fundament konnte in Genf vor allem auch ein hervorragender Maßstab für die Zukunft der Abrüstung aufgestellt werden – wenn die nächsten 97 Prozent jener 50 000 Atomwaffen an der Reihe sind, die heute auf der ganzen Welt lagern. Dieser Prozeß wird um ein Vielfaches schwieriger sein. Denn hier geht es primär nicht um Waffen „in und für Europa“, sondern um Raketen mit unvorstellbarer Zerstörungskraft, welche die Macht und Sicherheit der Großmächte direkt berühren.